

**Probleme der Zu- und Abmeldung:** Für die Auszählung können nur diejenigen ausländischen Personen berücksichtigt werden, deren Daten am Auszählungstichtag in der Hauptdatei des Ausländerzentralregisters (AZR) gespeichert waren. Das bedeutet, dass ausländische Personen zum Auswertungstichtag in der Hauptdatei fehlen können, obwohl sie bereits bei den örtlich zuständigen Ausländerbehörden registriert sind. Demgegenüber können verstorbene oder aus Deutschland fortgezogene ausländische Personen noch in der Hauptdatei enthalten sein, wenn die entsprechenden Abmeldungen durch die Ausländerbehörden noch nicht erfolgt sind. Fortzüge werden den Ausländerbehörden oft nur mit Verspätung bekannt gegeben, zumal viele die vorgeschriebene Abmeldung unterlassen. Gleichwohl kann aus der Dateiauszahlung eine hinreichend genaue Vorstellung über die Größenordnung und vor allem die Veränderung der Zahl der im AZR nachzuweisenden ausländischen Personen zwischen den Jahren gewonnen werden.

**Probleme bei der Ermittlung der Staatsangehörigkeit:** Der Nachweis der ausländischen Bevölkerung nach der Nationalität bezieht sich auf die Staatsangehörigkeit, unter der sie am Auszählungstichtag im AZR geführt wurden. Diese entspricht nicht immer den tatsächlichen staatsangehörigkeitsrechtlichen Verhältnissen, vor allem bei kürzlich erfolgten Staatsgründungen (z. B. auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien). Aktualisierungen der Staatsangehörigkeit können im AZR nur vorgenommen werden, wenn sie der Registerbehörde bekannt wird.

In 2006 ist ‚Serbien und Montenegro‘ in seinen Nachfolgestaaten ‚Serbien‘ und ‚Montenegro‘ aufgegangen, 2008 wurde das Kosovo ein selbständiger Staat; dies ist im AZR nachvollzogen. In den Tabellen sind die bisherige und die beiden neuen Staatsangehörigkeiten nachgewiesen.

**Hinweise zur Tabellengestaltung:** Staatsangehörigkeiten werden mit Namen des Landes, nicht in Form des Adjektivs aufgenommen. Die Ländernamen sind in Kurzform aufgeführt, so wie sie in Karten oder in der Tagespresse verwendet werden. Eine Zusatzbezeichnung zum Kurznamen erfolgt lediglich zum Vermeiden von Verwechslungen bei Namensgleichheit (z.B. Korea, Kongo) zweier Länder.

Die Staatsangehörigkeiten sind nach Kontinenten und Ländergruppen zusammengefasst, für die jeweils Teilsommen ausgewiesen werden. In den meisten Tabellen sind nur ausgewählte Länder aufgeführt. Deshalb addieren sich die Werte nicht immer zu den Summen. Personen mit der Staatsangehörigkeit nicht mehr existierender Länder sind in Tabellen nicht ausgewiesen, sie sind allerdings in der Statistik enthalten. Diese Altfälle werden jedoch – mit den Daten aus den entsprechenden Nachfolgestaaten zusammengefasst – für die früheren Staatsgebiete insgesamt ausgewiesen. Dies gilt für die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und für Jugoslawien.

Ab dem Jahr 2005 werden neben Daten zu den sich in Deutschland aufhaltenden Ausländerinnen und Ausländern auch Angaben zu den Veränderungen des Bestands aufgenommen. Hierbei beziehen sich **Zuzüge** auf ausländische Personen, die im Berichtsjahr aus dem Ausland zugezogen sind, sowie auf in Deutschland im Berichtsjahr geborene Kinder mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit. **Fortzüge** umfassen Fortzüge ins Ausland und nach unbekannt, außerdem Sterbefälle und Personen mit dem Vermerk ‚nicht mehr aufhältig‘. **Bestandsänderungen** im AZR können durch Änderungen persönlicher Merkmale hervorgerufen werden – vor allem die Änderung der Staatsangehörigkeit z.B. von ‚Serbien‘ oder ‚Serbien und Montenegro‘ nach ‚Kosovo‘ – oder sie können durch Einbürgerung hervorgerufen werden.

## 2 Definitionen von ausgewählten Begriffen und Merkmalen

**Ausländer und Ausländerinnen:** Alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d.h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen mit ihren Familien nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes und werden statistisch nicht erfasst. Außerhalb der Bevölkerungsstatistik werden Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und ihre Angehörige z. T. statistisch erfasst.

**Staatsangehörigkeit:** Sie ist eine besondere Rechtsbeziehung, die eine Person einem bestimmten Staat zuordnet. Gegenüber allen anderen Staaten ist diese Person Ausländer bzw. Ausländerin. Personen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen, sind staatenlos. Mit der Staatsangehörigkeit sind Rechte (diplomatischer Schutz im Ausland, Wahlrecht) und Pflichten (Wehrpflicht) verbunden.

**Ausländergesetz:** Das AuslG (vom 9. Juli 1990, BGBl. I S. 1354) regelt die Einreise, den Aufenthalt, die Niederlassung, die Erwerbstätigkeit, die Aufenthaltsbeendigung und die Einbürgerung von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (mit Ausnahme bestimmter Personengruppen, wie Diplomaten (§2 AuslG)). Es wurde zum 1. Januar 2005 vom Aufenthaltsgesetz abgelöst, das seither diese Sachverhalte regelt. Allerdings wird es für eine Übergangszeit in der Statistik aufenthaltsrechtliche Fälle nach altem und neuem Recht nebeneinander geben.

**Aufenthaltsgesetz:** Das AufenthG (vom 30.07.2004, Inkrafttreten 01.01.2005, BGBl. I S. 721) dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz dient zugleich der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Es regelt hierzu die Einreise, den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Förderung der Integration von Ausländern. Die Regelungen in den anderen Gesetzen bleiben unberührt.

**Erfordernis eines Aufenthaltstitels:** Ausländer bedürfen für die Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet eines Aufenthaltstitels. Aufenthaltstitel werden erteilt als

1. Visum,
2. Aufenthaltserlaubnis oder
3. Niederlassungserlaubnis
4. Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG

Statt der Aufenthaltsbefugnis, der Aufenthaltsbewilligung, der befristeten und unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und der Aufenthaltsberechtigung nach AuslG sind nach den jetzt bestehenden Rechtsvorschriften neben dem Visum nur noch drei Aufenthaltstitel vorhanden: eine (**befristete**) **Aufenthaltserlaubnis** und eine (**unbefristete**) **Niederlassungserlaubnis** sowie die **Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG**. Das neue Aufenthaltsrecht ori-

entiert sich nicht mehr an Aufenthaltstiteln, sondern an den Aufenthaltszwecken (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Familienzuzug, Humanitäre Gründe). Statistische Daten sind nicht nur für die Aufenthaltstitel insgesamt, sondern auch für wichtige Aufenthaltszwecke ausgewiesen. Im Berichtsjahr 2007 sind neue Formen von Aufenthaltserlaubnissen hinzugekommen.

Die **Duldung** ist die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung gem. § 60a AufenthG entweder für Ausländer aus bestimmten Staaten oder für bestimmte Ausländergruppen auf Grund einer Anordnung der obersten Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Duldung ist auch zu erteilen, solange die Abschiebung eines Ausländers aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist und ihm keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Die Ausreisepflicht geduldeter Ausländer bleibt unberührt.

Neben den genannten Aufenthaltsrechten nach dem Aufenthaltsgesetz enthält das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) als weiteres Aufenthaltsrecht die **Aufenthaltsgestattung**. Den Ausländern, die einen Asylantrag gestellt haben, ist zur Durchführung des Asylverfahrens der Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet (§ 55 AsylVfG). Im Falle der Anerkennung als Asylberechtigte nach Art 16a GG erhalten diese Personen eine zunächst auf 3 Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 AufenthG, bei der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft wird die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG erteilt und ebenfalls auf 3 Jahre befristet.

**Aufenthaltsdauer:** Sie ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Berichtsstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet bzw. der Geburt.

**Zuordnung:** Staatsangehörigkeiten sind nach Kontinenten und Sub-Kontinenten gegliedert, die Länder nach Alphabet. Für Europa wird anstelle von Teilkontinenten das Gebiet der *Europäischen Union* (EU27), das Gebiet der *EU-Kandidatenländer*, der *Europäische Wirtschaftsraum/Schweiz* (EWR) und das *sonstige Europa* unterschieden. Der EWR/Schweiz umfasst EU27 sowie Island, Lichtenstein, Norwegen und die Schweiz. In Tabelle 11 werden Aufenthaltstitel nur für die EU-Drittstaaten nach einzelnen Staatsangehörigkeiten aufgeführt.